



6,80 EURO

Das betriebliche Magazin für einen nachhaltigen Einkauf

Ausgabe April 2022



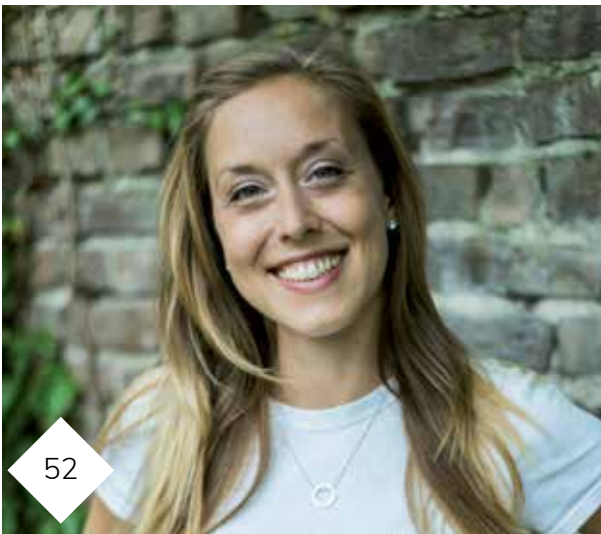
Themen

Nachhaltige Lieferketten, Umweltbilanz von Streaming, Videokonferenz & Co,
Mitarbeitende für Klimaschutz begeistern

Top-Themen:

Nachhaltiger Einkauf und Digitalisierung

Nachhaltiger Einkauf und Klimaschutz



24. NACHHALTIGKEITS-MAINSTREAMING

im Recht

26. INTERVIEW

mit Lara Obst zum 3. Climate Transformation Summit

28. KLIMASCHUTZ UND WIRTSCHAFTLICHKEIT

29. ZERTIFIZIERUNG

von IT-Hardware

30. NACHHALTIGE LIEFERKETTE

zentrale Treiber

32. ECOCOCKPIT

IHK Südlicher Oberrhein

33. INTERVIEW

mit Eveline Lemke zur Kreislaufwirtschaft

34. NACHHALTIGKEIT UND TRANSPARENZ

in digitalen Lieferketten

36. SPP GERMANY

stellt sich vor

40. EUROPEAN ENERGY MANAGER

IHK Nürnberg

42. ENGAGEMENT IN DER LIEFERKETTE

ist essentiell für Nachhaltigkeit

44. STREAMING, VIDEOKONFERENZ & CO.

Klimabilanzen

48. E-VERGABE

Prof. Bogaschewsky

52. DIGITALE UNTERSTÜTZUNG

für klimafreundliche Beschaffung

Nachhaltigkeit, Lieferketten- und Klima-Gesetze,

Rohstoffknappheit und Resilienz

– hochkomplex und nicht ohne E-Lösungen zu beherrschen

Wie in der Ausgabe April 2020 der „Kleinen Kniffe“ ausgeführt, stellen E-Tools zur Unterstützung der operativen Beschaffungsaufgaben ein quasi unverzichtbares Hilfsmittel zur Steigerung von Effizienz und Transparenz bei gleichzeitiger lückenloser Dokumentation dar. Nicht nur die Öffentlichen sind hier nicht immer bereits dort angekommen, wo sie hinwollen oder hinsollten.

Ein Beitrag von Professor Ronald Bogaschewsky

Inzwischen haben einige Unternehmen der Privatwirtschaft wesentliche Schritte eingeleitet, um auch die strategischen Einkaufsaufgaben mit E-Lösungen zu unterstützen. Die Hebel sind hier naturgemäß in der Regel ungleich höher als bei den operativen Aufgaben. Inzwischen gibt es ein ganzes „Universum“ von Lösungen zur Unterstützung einer Vielfalt von strategischen Aufgaben, das primär von Start-ups bestritten wird. Hier mischen aber auch die großen etablierten Softwareanbieter zunehmend mit, da diese sich einerseits teilweise massiv an aussichtsreichen Start-ups beteiligen und andererseits selbst an entsprechenden Lösungen arbeiten. Man darf ja ruhig mal genauer hinschauen, was die „jungen Wilden“ da so treiben und sich das Beste davon aussuchen.

Was die Privatwirtschaft bewegt, waren in der jüngeren Vergangenheit vor allem Themen wie die Schaffung von Transparenz und die Analyse hinsichtlich der globalen Beschaffungsmärkte sowie der dort zu findenden Anbieter (Supplier Scouting) und insbesondere die Bewertung von vorhandenen und für die Zukunft abzuschät-

Kernthesen des Beitrags

Das vorherrschende Postulat der quasi-maximalen Kosteneffizienz in der Beschaffung wird allmählich vom Postulat der Resilienz als Unternehmensziel abgelöst werden.

Zunehmende staatliche Maßnahmen und gesetzliche Vorgaben wie die CO₂-Bepreisung, die CSR-Berichtspflicht und das EU-Lieferkettengesetz werden zu Veränderungen in den globalen Supply Chains in Richtung weniger umweltschädlicher Produktionen und Lieferanten sowie kürzerer Transportwege führen.

Ein nicht unerheblicher Teil von „Zukunftsrohstoffen“, die für Elektromobilität, Windkraft, Photovoltaik, Elektronik, medizinische Geräte u.v.a.m., benötigt werden, ist knapp und zwingt zum Umdenken.

E-Tools zur Unterstützung der operativen Beschaffungsaufgaben, die vor allem von jungen Start-ups entwickelt werden, bieten schon heute ein unverzichtbares Hilfsmittel zur Steigerung von Effizienz und Transparenz bei gleichzeitiger lückenloser Dokumentation.

zenden Risiken (Supplier & Supply Chain Risk Management). Letzteres erhielt durch die weiterhin andauernde Versorgungskrise mit Materialien und Vorprodukten besondere Relevanz. Diese Lieferkrisen gehen in ihrer Intensität und Breite zu einem großen Teil auf die Rechnung der SARS-Cov2-Pandemie. Seitdem kennt wohl jeder Verantwortliche in diesem Bereich die Vokabel der Resilienz und versucht einerseits händelnd über überhaupt benötigte Ware zu bekommen und andererseits Pläne für eine resilientere, also gegen Störungen weniger empfindliche Struktur der Lieferkette zu entwickeln. Eine bessere und damit exaktere bzw. näher an den Tatsachen befindliche sowie zeitgerechte und damit quasi permanente Risikobewertung ist hierfür erforderlich.

Durch die vermehrt auftretenden Disruptionen, seien es die immer häufiger und mit stärkeren Auswirkungen auftretenden Naturkatastrophen, politische Störeinflüsse, logistische Havarien oder eben Endemien und Pandemien, die Bekämpfung der Folgen solcher Disruptionen und das Treffen von Vorsorgemaßnahmen



wird uns wohl noch sehr lange Zeit begleiten. Nicht wenige mutmaßen, dass das Postulat der quasi-maximalen Kosteneffizienz, wie es in manchen Industrien gelebt wird, nicht mehr alleinig bestimmend sein wird und dass die Resilienz als Unternehmensziel eine so große Bedeutung bekommt, dass dies massive Auswirkungen auf die weltweiten Wertschöpfungsketten und damit die globale Arbeitsteilung und den Warenhandel haben könnte. Damit ist auch bereits ein essentieller Teil der Nachhaltigkeit angesprochen, denn diese impliziert das Ziel dauerhafter Existenz und Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig ist offensichtlich, dass der primär durch erhebliche CO₂-Emissionen menschenverursachte Klimawandel nun auch auf der Kostenseite zurückschlägt. Ohne weniger CO₂-Emissionen kein Einbremsen des Klimawandels und kein Einfangen von disruptionsbedingten Kostensteigerungen. Viele Unternehmen und institutionelle Investoren haben dies erkannt und setzen daher auf weniger umweltbelastende Technologien, Firmen und Branchen, wohingegen die „schmutzigen“ Industrien sich immer schlechteren Finanzierungsbedingungen ausgesetzt sehen und sich teilweise deshalb und wegen der schlechten Geschäftsprognosen in eine „bad company“ und eine „good company“ aufspalten. Erstere wird dann „verramscht“ und in Zweitere investiert. Hoffen wir nur, dass die Kosten für die „faulen Eier“ dann nicht beim Steuerzahlen hängenbleiben werden.

Inzwischen hat auch die Politik dieses Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt, was auf der einen Seite an einigen mutigen Schritten des EU-Parlaments liegt und auf der anderen Seite an der Ampelkoalition in Deutschland. Die aktuell EU-seitig angekündigte Anerkennung von Atomenergie und Gaskraftwerken als nachhaltige

Investitionen wäre in diesem Zusammenhang wohl kontraproduktiv. Das in Arbeit befindliche „EU-Lieferkettengesetz“, das verstärkt auch ökologische Aspekte einbezieht, sowie das bereits beschlossene deutsche Lieferkettengesetz weisen hier klar in eine nachhaltigere Zukunft. Über Letzteres soll die Einhaltung von Menschenrechten und der ILO-Kernarbeitsnormen in globalen Lieferketten gesichert werden. Bei genauerer Ansicht des Gesetzes kann dies durchaus gelingen, wenn das Gesetz auch so exekutiert wird, wie es formuliert ist. Insbesondere auch durch die eingeräumten Klagerechte seitens Nichtregierungsorganisationen erzeugen die Regelungen in einigen Unternehmen Kopfschmerzen.

Zudem kann sich kaum jemand auf die „Das-konnte-ich-nicht-wissen-Ausrede“ zurückziehen. Was man nicht über Suchmaschinen herausfinden kann, erledigen smarte Software-Lösungen. Diese greifen auf unvorstellbar große Datenmengen im World Wide Web, in Social Media und Datenbanken aller Art zu. Mit cleveren Analysetechniken (Big Data Analytics), die sich häufig der Künstlichen Intelligenz bedienen, werden aus Datenseen werthaltige Informationen erzeugt, z.B. ob eben ein bestimmter Lieferant oder ein konkretes Land gegen bestimmte Regeln verstößt. Nicht-Wissen gilt also nicht mehr bzw. Unwissenheit schützt vor Strafe nicht! Natürlich hat dies auch Grenzen. Als Automobilbauer in der VR China wird man sich sehr schwer dagegen komplett absichern können, nicht doch Lieferungen von Herstellern zu bekommen, in denen beispielsweise Uiguren Zwangsarbeit leisten müssen. Einerseits wird dies regierungsseitig geschickt vertuscht, andererseits kann sich auch ein Weltkonzern nicht wirklich mit der – im Hintergrund immer agierenden – Regierung anlegen. Der Imageschaden kann trotzdem extrem sein.



Foto: depositphotos

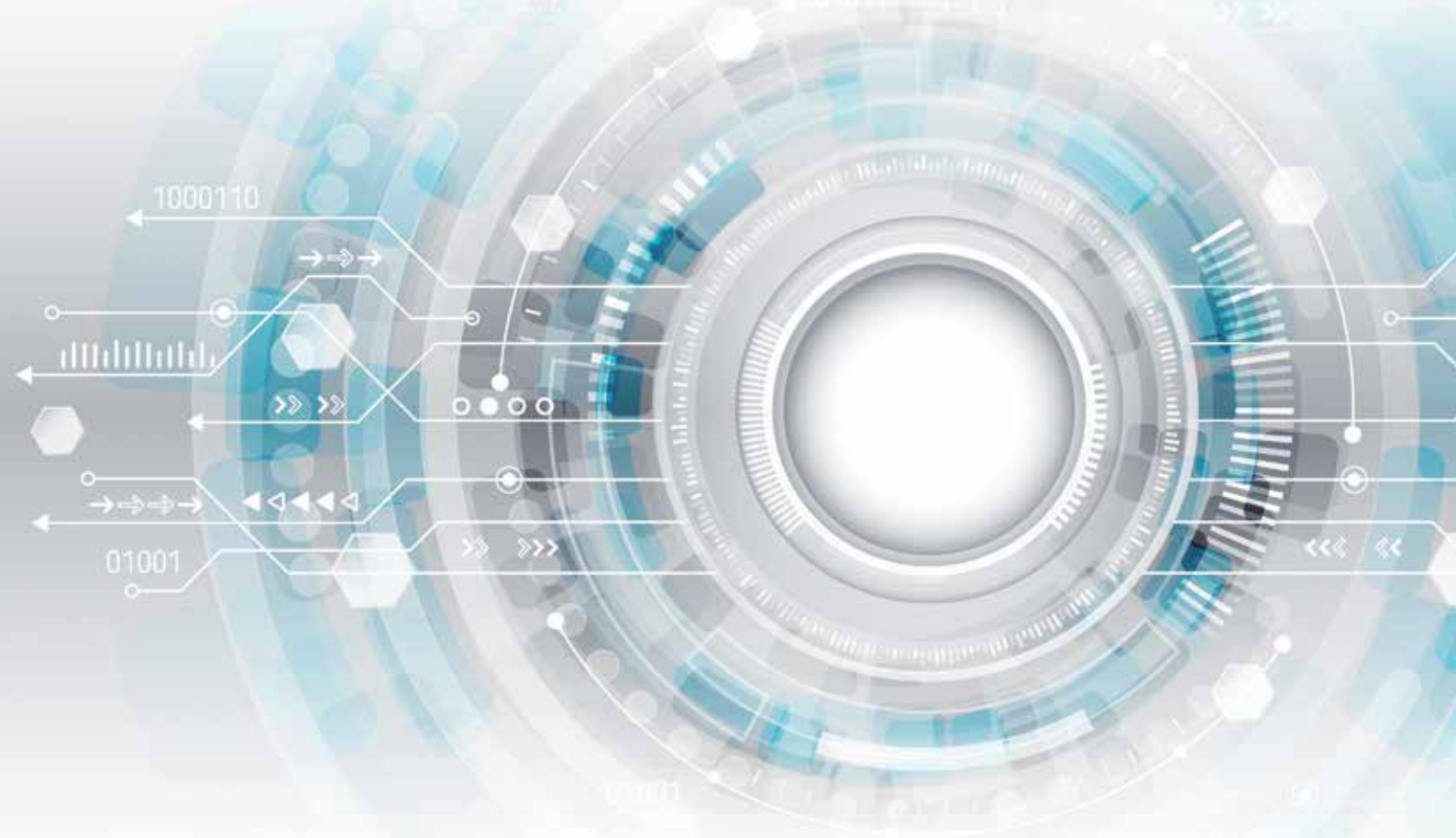
Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit und damit der Problemstellung des Klimaschutzes und des CO₂-Fussabdrucks ist dies nicht so viel einfacher. Stand heute weiß kaum ein Unternehmen, wie viel CO₂ in seinen Produkten steckt. Bisher wurden fast ausschließlich die Scope1- und Scope2-Emissionen fokussiert, also die CO₂-Emissionen (und gegebenenfalls in Äquivalente umgerechnete weitere klimarelevante Emissionen), die bei den eigenen Herstellungsprozessen anfallen sowie die der dafür zum Einsatz kommenden Energie. Angesichts der Tatsache, dass in der Regel über zwei Drittel der Wertschöpfung zugekauft wird, also von – oftmals global verteilten – Lieferanten kommen, entsteht der größte Anteil der CO₂-Emissionen in der Lieferkette des Unternehmens. Zu diesen Scope3-Emissionen werden noch die bei der Distribution der Güter an die Kunden anfallenden gezählt.

Nunmehr sind aber Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiter*innen und zukünftig wohl bereits ab der Hälfte im Rahmen der Corporate Sustainability Reporting Directive der EU verpflichtet, über ihre ökologische und soziale „Performanz“ Bericht zu erstatten. Dies sollten sie auch im Eigeninteresse tun, denn die Unternehmen werden in Zukunft für den über die Lieferkette importierten CO₂-Fussabdruck zur Kasse gebeten. Man muss also möglichst genau wissen, wie viel CO₂-Emissionen in welchen eingekauften Produkten stecken und was dies kostenseitig bedeutet. Um Ausweicheffekte zu vermeiden und komplette Produktionen ins Nicht-EU-Ausland zu verlegen und die Güter dann in die EU billiger zu exportieren, wird es eine CO₂-basierte EU-Importsteuer geben (müssen). Dies kann ebenfalls zu Veränderungen in den globalen Supply Chains in Richtung weniger umweltschädlicher Produktionen und Lieferanten sowie kürzerer Transportwege führen. Auch hier helfen innovative E-Lösungen diese Daten zu erheben, zu analysieren und fundierte Entscheidungen zu treffen.

Als wäre das alles noch nicht genug, bewahrheiten sich leider immer stärker die – damals mutigen – Aussagen, wie die mit „Die Grenzen des Wachstums“ titulierte Publikation des Club of Rome von 1972, dass wir auf eine kritische Knappheiten hinsichtlich nicht-regenerativer Ressourcen zulaufen. Viele Jahre versuchte man diese Aussagen durch Hinweis auf die von den Geologen berechnete und über die Zeit oftmals konstante „Reichweite“ zu widerlegen. Offenbar haben viele nicht verstanden, dass diese statischen Reichweiten das Bevölkerungswachstum und die zunehmenden materiellen Bedürfnisse von Schwellenländern ignorieren.

Bereits vor vierzehn Jahren legten die USA und 2010 die EU eine Liste kritisch knapper Rohstoffe von strategischer Bedeutung vor. Im Sommer 2021 folgte nun die Neuauflage der von den Fraunhofer-Instituten IZM und ISI im Auftrag der Deutschen Rohstoffagentur als Teil der Bundesgesellschaft für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) durchgeführte, neue Studie zu „Zukunftsrohstoffen“. Dies sind solche, die für zukunftsorientierte und innovative Produkte und Produktionen, wie für Elektromobilität, Windkraft, Photovoltaik, Elektronik, medizinische Geräte u.v.a.m., benötigt werden. Kurz gesagt: Die Lage sieht nicht wirklich gut aus! Ein nicht unerheblicher Teil dieser Rohstoffe ist recht knapp und in einem Großteil ist die VR China bei der Bergwerksförderung und insbesondere bei der nachfolgenden Raffinadeproduktion führend. Da hilft es wenig, dass man bei anderen Rohstoffen nur von sogenannten „gescheiterten“ Staaten abhängig ist. Beispielsweise gilt heute „Ohne die DR Kongo keine batteriegetriebene Elektromobilität.“

Neben der sich immer weiter zuspitzenden Versorgungslage angesichts politischer Einflussnahmen („My-Country-First-Ansatz“), die die Rolle des freien Warenhandels in diesen Bereichen infrage stellt, sowie den teilweise exorbitant steigenden Preisen, sind massive Umweltbelastungen und mitunter grobe Verletzungen der



Menschenrechte und ILO-Kernarbeitsnormen durch die Rohstoffproduktion zu konstatieren. Dies gilt besonders, aber nicht nur für den – teilweise illegalen und korrupten -Artisanalbergbau, bei dem auch Sklaven- und Kinderarbeit zu beobachten sind. Wer also die Lieferkette nur weit genug zurück recherchiert, wird mit einiger Sicherheit viele Dinge finden, die mit unseren gesetzlichen Regulierungen in Deutschland und der EU nicht kompatibel sind. Die – in globaler Hinsicht selbst verursachten – einseitigen Abhängigkeiten können jedoch durch den einzelnen Nachfrager kaum beeinflusst werden. Hoffen wir, dass die Lieferkettengesetze sich diesbezüglich nicht nur als Papiertiger erweisen. Für die Steigerung der Transparenz sind auch hier smarte Softwarelösungen unterwegs.

Was ist aber mit den Öffentlichen? Was ist mit der oft bemühten Vorreiterrolle der öffentlichen Hand in Sachen Nachhaltigkeit angesichts 500 Mrd. EUR Einkaufsvolumen? Das Vergaberecht erlaubt durchaus eine ökologische Zuschlags-Bepreisung von Angeboten über „Schattenpreise“, auch wenn diese aktuell bzw. deren weitere Entwicklung noch nicht feststehen, sowie die Einbeziehung sozialer Kriterien. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, dass ja kaum außerhalb des eigenen Landes und falls doch, dann innerhalb der EU eingekauft werden würde. Hier gelten mehr oder weniger dieselben Regeln und Normen. Das dürfte aber etwas kurz gedacht sein, denn viele Produkte enthalten Vormaterialien, die aus globalen Lieferketten stammen und spätestens bei den enthaltenen nicht-regenerativen, aber auch bei nicht nachhaltig erzeugten nachwachsenden Rohstoffen ist man dabei.

Hinsichtlich der steigenden Rohstoffknappheit gibt es nun erste Signale seitens der EU, denn das Europäische Parlament hat am 24.11.2021 eine Resolution unter dem Titel „A European strategy for critical raw materials“ eingebracht, die recht drastische Schritte einfordert. Hierauf und auf die Umsetzung des EU-Lieferkettenge-

setzes sowie der Ausweitung und Erhöhung von CO₂-Steuern kann man warten und dann halt (voraussichtlich deutlich) höhere Preise für benötigte Güter zahlen.

Man kann aber auch als öffentliche Institution seine mehrjährige Bedarfsplanung unter Einbeziehung der angesprochenen Entwicklungstendenzen vornehmen und frühzeitig alternative Lösungen entwickeln. Dies sind beispielsweise integrierte nachhaltige Mobilitätskonzepte, umweltfreundliche Bauweisen, die vermehrte Beschaffung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen sowie der komplette Umstieg auf Ökostrom. Langfristig rettet uns ohnehin nur eine Kreislaufwirtschaft (...gab es da nicht auch ein Gesetz?!) und ohne echtes Recycling und Cradle-to-Cradle-Konzepte wird es nicht gehen. Ohne smarte E-Lösungen, auch für die Öffentlichen, wird man diese Komplexität nicht beherrschen können.

Als Wissensaustausch-, Ideen- und Diskussionsplattform auch zu diesem Themenfeld steht Ihnen das Verwaltungs- und Beschaffernetzwerk VUBN kostenlos zur Verfügung.

www.VuBN.de



Autor:
Prof. Dr. Ronald Bogaschewsky

Lehrstuhlinhaber
Lehrstuhl für BWL und
Industriebetriebslehre
Universität Würzburg